DER II. KONGRESS DER III. INTERNATIONALE UND DIE ITALIENISCHE LINKE

DER FADEN DER ZEIT

2

Beiträge zur historischen Wiederdarstellung der marxistichen Theorie

E I N L E I T U N G

Der Zweck dieser Veröffentlichung besteht darin, einige grundlegende Texte des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale (1920), der faktisch der wirkliche Gründungskongreß dieser Weltorganisation war, wiederzugeben. Wir vervollständigen diese Texte mit den Interventionen des Vertreters der Italienischen Kommunistischen Linken, die als Fraktion der Sozialistischem Partei kurz vor der Gründung der Kommunistischen Partei stand (Januar 1921). Fragen, welche die einheitliche Aktion des westlichen Proletariats und im allgemeinen der Arbeiterklasse der hochindustrialisierten Länder unmittelbar betreffen, wurden von ihr mit Deutlichkeit und - wie man es heute feststellen kann - mit großer Voraussicht gestellt.

Die "Bedingungen zur Annahme in die Kommunistische Internationale", bekannter unter der Bezeichnung "21 Moskauer Punkte", bezweckten den neuen, in der ganzen Welt sich bildenden und künftig noch entstehenden kommunistischen Parteien, eine organische, homogene, zentralisierte Struktur zu geben, die der organischen, einheitlichen Natur des im selben Kongreß gebilligten politischen Programmes entspricht. Es war dies keine formelle, sondern eine prinzipielle Frage: Die der Internationale beitretenden Parteien stellten sich mit ihrem Beitritt offen und eindeutig auf den Boden des gewaltsamen Kampfes für die Machteroberung und die Ausübung der kommunistischen Diktatur durch die kommunistischen Organisationen sowie für die Zentralisierung des Weltkampfes der Arbeiterklasse in der Phase der Vorbereitung der Revolution und in den darauffolgenden Phasen; sie mußten sich notwendigerweise eine organisatorische Struktur geben, die solchen Prinzipien angepaßt und fähig war, solche Ziele zu erreichen.

Andererseits mußte man dem Zusammenströmen von schwankenden und unentschiedenen Elementen oder, noch schlimmer, von Kräften, die von den Grundsätzen der Oktoberrevolution abwichen, einen programmatischen und organisatorischen Damm entgegensetzen. Man mußte alle diese Gruppen, die durch den Zauber der neuen Internationalen Organisation angelockt waren, vor ein einheitliches Programm und einheitliche Organisationsvorschriften stellen, damit ein Rückfall auf opportunistische Zwischenpositionen der angeschlossenem Parteien vermieden werden konnte. Die klare unzweideutige Formulierung der Ziele und der Mittel ihrer Erreichung sowie die entsprechende Formulierung eines einzigen Schemas der organisatorischen Struktur hätten, durch den Ausschluss von jedem und jeder Gruppe, auch bei Ablehnung eines einzigen Punktes, aus der Kommunistischen Internationale eine weltumfassende einheitliche revolutionäre Partei, ein Heer der Arbeiterklasse gemacht.

Wie aus dem abschliessenden Dokument und auch aus der Rede des Vertreters der Italienischen Linken ersichtlich ist, stand die letztere und die Spitze der bolschewistischen Partei - allen voran Lenin und Trotzki - felsenfest auf der Verteidigung dieser Begriffe. Dagegen

erhoben sich innerhalb des Kongresses Stimmen in der Absicht, das feste Band der ideologischen, programmatischen und organisatorischen Disziplin zu lockern. Vor allem machten sie Vorbehalte bei der Formulierung der Programme der verschiedenen nationalen Sektionen in Bezug auf die "besonderen" örtlichen Lagen. Ein Vorspiel zu den Theorien der "Hundert Blumen" und der "nationalen Wege zum Sozialismus". Es ist zum größten Teil auf die Beharrlichkeit Lenins und des Vertreters der Italienischen Kommunistischen Linken zurückzuführen, daß die Leitsätze 15, 20 und 21 (der letztere wurde sogar dem leninschen Originaltext hinzugefügt) strenger formuliert wurden. Der Leser wird bemerken, daß die Italienische Kommunistische Linke schon damals eine strengere und extremere Stellung als Lenin selbst eingenommen hatte, um die Einheitlichkeit, die Zentralisierung und die Geschlossenheit der Organisation sowie der Ideologie und des Programmes der Internationale und ihrer Parteien zu fördern. Für sie mußten selbst die kleinsten Spalten zugestopft werden, durch die der verworfene Opportunismus und die Konzessionsbereitschaft hätten wieder eindringen können. Die Erfahrung der folgenden 40 Jahre hat eine von der Italienischen Linken auf diesem Kongreß behauptete These (sowie auf den anderen Kongressen der Kommunistischen Internationale, einschliesslich des V., 1924, dem letzten auf dem sie das Wort ergreifen durfte) bewiesen: die programmatische Deutlichkeit ist eine zur organisatorischen Festigkeit unentbehrliche Bedingung; die Unzulänglichkeit der Organisation ist ihrerseits der Wiederschein der Unzulänglichkeit des Programmes, sie bietet dem Opportunismus die Möglichkeit, sich in die Reihen der Arbeiterbewegung einzuschleichen.

Dem Beharren der Italienischen Linken lag eine klarere Einsicht der Lage zugrunde, in welcher sich die westlichen Parteien und im allgemeinen die der Länder eines älteren Kapitalismus befanden, wo seit langem die Demokratie herrschte und so während einer langen Periode (mit dem Krieg als Höhepunkt) im Stande war, selbst die stärksten Parteien der II. Internationale zu beeinflussen. Jetzt galt es, daß das fortschrittlichste Proletariat sich für einen der beiden Wege zu entscheiden hatte: Entweder für das Programm der Kommunistischen Partei oder für das Programm der Sozialdemokratie, das die bürgerliche Konservation zum Inhalt hatte. Mehr als je zuvor mußte man jetzt einen unüberschreitbaren Damm gegen die Angriffe des Reformismus und des Opportunismus aufrichten. Die "Härte" der Italienischen Linken entsprang also nicht aus einem ästhetischen, moralischen oder intellektuellen Motiv, sondern aus einer funktionellen Notwendigkeit (es gibt keine revolutionäre Aktion ohne eine revolutionäre Theorie). Die 21 Punkte hatten unmittelbar eine unwiderrufliche Aussiebung der "Anwärter" zur Folge, die der neuen proletarischen Internationale beitreten wollten, und man kann leicht voraussehen, daß die Aussiebung noch wirksamer und gesünder gewesen wäre, wenn die von der Italienischen Linken geforderten Punkte volle Billigung gefunden hätten.

Diese Erwägungen bringen uns zum zweiten Teil dieser Veröffentlichung: Die Wiedergabe der offiziellen Texte über den Parlamentarismus und die von der Italienischen Linken vorgeschlagenen Thesen, die durch eine erläuternde Rede ergänzt werden. Was die Bewertung der demokratischen Einrichtungen betrifft, war der Einklang zwischen der Italienischen Linken und der III. Internationale vollkommen: Sie

mußten zerstört werden und durch die Proletarische Diktatur mit ihrem Netz von Organen, die von der Kommunistischen Partei geleitet werden, abgelöst werden. Die bolschewistische Partei und die Mehrheit der Internationale waren in diesem Punkt unerschüttlich, jedoch waren sie der Ansicht, daß die parlamentarische Bühne zu dieser Zeit noch für die Entfaltung der revolutionären, antiparlamentarischen, antidemokratischen und antireformistischen Propaganda ausgenutzt werden könnte. Wohlbemerkt als untergeordnetes Mittel, in den Perioden der Vorbereitung zum Kampf und nie während der Phase des revolutionären Angriffs (denn die Thesen fordern in diesem Fall ganz klar die Taktik des Boykotts der Wahlen sowie des Parlaments), sowie immer und allein zum Zweck der Entlarvung aller bürgerlich-demokratischen Institutionen - besonders der sogenannten Volksvertretungen. Dies alles geht ganz klar aus den Thesen hervor. Zwischen dieser Stellung und derjenigen der Parteien, die sich heute fälschlicherweise kommunistisch nennen, besteht ein Abgrund, über den keine Brücke mehr zu schlagen ist.

Im Gegensatz zu einigen internationalen Oppositionsgruppen (den holländischen Tribunisten, der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, usw.) machte die Italienische Linke gegenüber diesen Thesen keine prinzipiellen Einwände: Sie war antiparlamentaristisch, im Sinne der Leninschen Thesen, nicht aus ewigen und überhistorischen Gründen. Sie behauptete, daß der revolutionäre Parlamentarismus annehmbar und durchzuführen sei in Ländern, die die bürgerliche Revolution noch durchzuführen oder zu vollenden haben, so im vorrevolutionären Rußland oder in den Kolonial- und Halbkolonialländern. In den hochentwickelten Ländern, in denen das Eindringen von demokratischen und parlamentaristischen Ideologien die Arbeiterbewegung selbst in ihren besten und kampfbereitesten Schichten korrumpiert hat, müssen dagegen alle Kräfte für die Vorbereitung des revolutionären Angriffs eingesetzt werden. Zu diesem Zweck hätte die Absage auch an die nur propagandistische Teilnahme an den Wahlen gegen das opportunistische Gift und gegen die andauernden und sich wiederholenden demokratischen Illusionen gewirkt, und hätte auch als wirksames Mittel zur Ausscheidung der sozialdemokratischen Elemente aus der Kommunistischen Partei gedient.: Auch hier waren die größte Deutlichkeit und die größte Strenge der einzige Schutz der Wirksamkeit der kämpfenden Partei. Also keine Konzessionen an anarchistische, syndakalistische, intellektualistische Irrlehren. Keine Sorge um moralische "Reinheit" kann man in den von der Italienischen Linken dargestellten Thesen bemerken . Auch wenn sie überzeugt war, daß man auf dem von ihr gezeigten Weg mit der größten Wirksamkeit und mit der geringsten Verschwendung kostbarer Kräfte die gemeinsamen Ziele hätte erreichen können, machte die Italienische Linke aus diesem Problem keine Bedingung für ihren Eintritt in die Internationale; für sie war das keine prinzipielle Frage. Daß die Toleranz auf diesem Gebiet unheilvolle Wirkungen nach sich zog, hat die Geschichte bewiesen. Die Italienische Linke hat heute noch triftigere Gründe, die parlamentarische Bühne auch nur als propagandistisches Mittel abzulehnen. Die Leser können es beurteilen: Für uns ist dieser Punkt neben anderen, die wir in weiteren Veröffentlichungen wiedergeben und bekräftigen werden, die Voraussetzung für die Wiederentstehung der einzigen kommunistischen revolutionären Weltpartei.

LEITSÄTZE ÜBER DIE BEDINGUNGEN DER AUFNAHME IN DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Angenommen auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 6. August 1920.

Der Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale hat keine genauen Bedingungen für die Aufnahme der einzelnen Parteien in die Kommunistische Internationale aufgestellt. Zur Zeit der Einberufung des I. Kongresses bestanden in den meisten Ländern bloß kommunistische Richtungen und Gruppen.

Unter anderen Verhältnissen tritt der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale zusammen. Jetzt bestehen in den meisten Ländern nicht nur kommunistische Strömungen und Richtungen, sondern kommunistische Parteien und Organisationen.

An die Kommunistische Internationale wenden sich jetzt immer öfter Parteien und Gruppen, die noch unlängst zur II. Internationale gehörten, jetzt in die III. Internationale eintreten wollen, aber noch keine wirklich kommunistischen Organisationen geworden sind. Die II. Internationale ist endgültig zerschlagen. Die Zwischenparteien und Zwischengruppen des "Zentrums", die die völlig hoffnungslose Lage der II. Internationale erkennen, versuchen, sich an die immer mehr erstarkende Kommunistische Internationale anzulehnen, wobei sie jedoch hoffen, eine "Autonomie" zu behalten, die ihnen die Möglichkeit geben soll, ihre frühere opportunistische oder "zentristische" Politik fortzusetzen. Die Kommunistische Internationale wird gewissermaßen zur Mode.

Das Verlangen einiger führender Gruppen des "Zentrums", in die Kommunistische Internationale einzutreten, ist eine indirekte Bestätigung dafür, daß die Kommunistische Interna-

tionale die Sympathien der gewaltigen Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und von Tag zu Tag zu einer immer größeren Macht wird.

Unter gewissen Umständen kann für die Kommunistische Internationale die Gefahr entstehen, daß sie durch wankelmütige Gruppen verwässert wird, die eine Politik der Halbheiten treiben und sich von der Ideologie der II. Internationale noch nicht frei gemacht haben.

Außerdem besteht in einigen Parteien (Italien, Schweden, Norwegen, Jugoslawien u.a.), deren Mehrheit auf dem Standpunkt des Kommunismus steht, immer noch ein bedeutender reformistischer und sozialpazifistischer Flügel, der nur auf den Augenblick wartet, um von neuem das Haupt zu erheben, eine aktive Sabotage der proletarischen Revolution zu beginnen und dadurch der Bourgeoisie und der II. Internationale zu helfen.

Kein einziger Kommunist darf die Lehren der Ungarischen Räterepublik vergessen. Die Verschmelzung der ungarischen Kommunisten mit den sogenannten "linken" Sozialdemokraten ist dem ungarischen Proletariat teuer zu stehen gekommen.

Deshalb erachtet es der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale für notwendig, ganz genaue Bedingungen für die Aufnahme von neuen Parteien festzusetzen und die Parteien, die bereits in die Kommunistische Internationale aufgenommen worden sind, auf ihre Pflichten hinzuweisen.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschließt:

Für die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale gelten folgende Bedingungen:

1. Die tagtägliche Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen. Alle Presseorgane, die sich in den Händen der Partei befinden, müssen von zuverlässigen Kommunisten re-

digiert werden, die ihre Hingabe an die Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Diktatur des Proletariats darf man nicht einfach wie von einer landläufigen, eingepaukten Formel sprechen, sondern muß sie so propagieren, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, jeder Arbeiterin, jedem Soldaten, jedem Bauer auf Grund der Tatsachen des täglichen Lebens klar werde, die von unserer Presse systematisch, tagaus, tagein hervorgehoben werden.

Die periodische und nicht periodische Presse und alle Parteiverlage müssen vollkommen dem Zentralkomitee der Partei unterstellt werden, ganz gleich, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Moment legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Autonomie mißbrauchen und eine Politik treiben, die nicht ganz der Politik der Partei entspricht.

In den Spalten der Presse, in den Volksversammlungen, den Gewerkschaften, den Genossenschaften - überall, wohin die Anhänger der III. Internationale Zutritt erlangen, muß man nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, systematisch und unbarmherzig brandmarken.

2. Jede Organisation, die der Kommunistischen Internationale beitreten will, muß planmäßig von allen irgendwie verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (in den Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Gemeindeverwaltungen usw.) die Reformisten und Anhänger des "Zentrums" entfernen und an ihre Stelle bewährte Kommunisten setzen, ohne sich daran zu kehren, daß man mitunter in der ersten Zeit "erfahrene Führer" durch einfache Arbeiter wird ersetzen müssen.

3. Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter diesen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Apparat zu schaffen, der

im entscheidenden Augenblick der Partei helfen soll, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In allen Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustande oder der Ausnahmegesetze nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu leisten, ist die Verknüpfung der legalen mit der illegalen Tätigkeit eine unbedingte Notwendigkeit.

4. Die Pflicht der Verbreitung der kommunistischen Ideen erfordert insbesondere, daß man eine hartnäckige, planmäßige Propaganda in der Armee treibe. Wo diese Agitation durch Ausnahmegesetze verboten ist, muß man sie illegal treiben. Die Ablehnung einer solchen Arbeit wäre gleichbedeutend mit einem Verrat an der revolutionären Pflicht und unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale.

5. Notwendig ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem Lande. Die Arbeiterklasse kann ihren Sieg nicht sichern, wenn sie nicht wenigstens einen Teil der Landarbeiter und armen Bauern für sich gewinnt und einen Teil der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik neutralisiert. Die Arbeit der Kommunisten auf dem Lande erlangt in der gegenwärtigen Epoche die allergrößte Bedeutung. Diese Arbeit muß man hauptsächlich mit Hilfe der revolutionären kommunistischen (städtischen und ländlichen) Arbeiter leisten, die mit dem Lande Verbindungen haben. Der Verzicht auf diese Arbeit und ihre Übergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die proletarische Revolution.

6. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Falschheit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei "demokratische" Reorganisation des Völkerbundes imstande sein

wird, die Menschheit vor neuen imperialistischen Kriegen zu bewahren.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationalen anzugehören wünschen, müssen die Notwendigkeit des vollständigen Bruchs mit dem Reformismus und der Politik des "Zentrums" anerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert kategorisch und ultimativ die Vollziehung dieses Bruchs in kürzester Frist. Die Kommunistische Internationale kann sich nicht damit abfinden, daß notorische Opportunisten, wie Turati, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Languet, Macdonald, Modigliani u.a. das Recht haben sollen, für Angehörige der III. Internationale zu gelten. Das würde nur dazu führen, daß die III. Internationale in hohem Grade der zugrundegegangenen II. Internationale ähnlich werden würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen müssen die Parteien jener Länder, deren Bourgeoisie Kolonien besitzt und andere Nationen unterdrückt, eine besonders klare, eindeutige Stellung einnehmen. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Machinationen "ihrer" Imperialisten in den Kolonien rücksichtslos zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur mit Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer eigenen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes wirklich brüderliche Gefühle für die werktätige Bevölkerung der Kolonien und der unterdrückten Nationen zu wecken und unter den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der Kolonialvölker zu treiben.

9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, systematisch, hartnäckig innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiterräte, der

Betriebsräte, der Genossenschaften und anderen Massenorganisationen kommunistische Arbeit zu leisten. In diesen Organisationen muß man kommunistische Zellen bilden, um durch langwierige, hartnäckige Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus zu gewinnen. Diese Zellen sind verpflichtet, in ihrer tagtäglichen Arbeit auf Schritt und Tritt den Verrat der Sozialpatrioten und den Wankelmut des "Zentrums" zu entlarven. Diese kommunistischen Zellen müssen vollkommen der Gesamtpartei untergeordnet sein.

10. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehört, ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer "Internationale" der gelben Gewerkschaften zu führen. Sie muß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern beharrlich die Notwendigkeit des Bruchs mit der gelben Amsterdamer Internationale propagieren. Sie muß in der Entstehung begriffene internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, mit allen Mitteln unterstützen.

11. Die Parteien, die der III. Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, die Zusammensetzung ihrer Parlamentsfraktionen einer Prüfung zu unterziehen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu entfernen, diese Fraktionen nicht nur formell, sondern in der Tat den Zentralkomitees unterzuordnen, von jedem einzelnen kommunistischen Parlamentsmitglied zu fordern, daß es seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitationen unterordne.

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. In der gegenwärtigen Zeit des verschärften Bürgerkrieges ist die Kommunistische Partei nur dann imstande, ihre Pflicht zu erfüllen, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert ist und eine eiserne, fast militärische Disziplin in ihr herrscht, wenn ihr Parteizen-

trum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmacht ist, das das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft genießt.

13. Die kommunistischen Parteien aller Länder, in denen die Kommunisten legal arbeiten, müssen periodisch Reinigungen (Umregistrierungen) des Mitgliederbestandes der Parteiorganisationen vornehmen, um die Partei planmäßig von den kleinbürgerlichen Elementen zu säubern, die sich unvermeidlich an sie anschmieren.

14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, jede Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlos zu unterstützen. Die Kommunistischen Parteien müssen eine tatkräftige Propaganda unter den Arbeitern treiben, damit sie es ablehnen, Waffen und Munition für die Feinde der Sowjetrepubliken zu transportieren, müssen legal oder illegal unter den Truppen Propaganda treiben, die zur Erdrosselung der Arbeiterrepubliken abgesandt werden usw.

15. Die Parteien, die bisher noch bei ihren alten sozialdemokratischen Programmen geblieben sind, müssen in möglichst kurzer Zeit diese Programme revidieren und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes, ein neues, kommunistisches Programm im Geiste der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale ausarbeiten. In der Regel muß das Programm einer jeden zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem Kongreß der Kommunistischen Internationale oder ihrem Exekutivkomitee bestätigt werden. Wird das Programm dieser oder jener Partei vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale nicht bestätigt, so hat die betreffende Partei das Recht, an den Kongreß der Kommunistischen Internationale zu appellieren.

16. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehören-

den Parteien bindend. Die Kommunistische Internationale, die in einer Periode des schärfsten Bürgerkrieges tätig ist, muß viel zentralisierter aufgebaut sein als die II. Internationale. Dabei müssen selbstverständlich die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter denen die verschiedenen Parteien kämpfen und arbeiten, und dürfen allgemeinverbindliche Beschlüsse nur in solchen Fragen fassen, wo solche Beschlüsse möglich sind.

17. Im Zusammenhang damit müssen alle Parteien, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen wollen, ihren Namen ändern. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale beitreten will, muß den Namen führen: Kommunistische Partei dieses oder jenes Landes (Sektion der III. Internationale). Die Frage der Benennung ist keine bloß formelle Angelegenheit, sondern eine politische Frage von großer Bedeutung. Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien entschiedenen Kampf angesagt. Jedem einfachen Werktätigen muß der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen "sozialdemokratischen" oder "sozialistischen" Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, vollkommen klar sein.

18. Alle führenden Presseorgane der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen Dokumente des Exekutuvkomitees der Kommunistischen Internationale abzudrucken.

19. Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder einen Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind verpflichtet, in kürzester Frist, aber nicht später als vier Monate nach dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, um diese Verpflichtungen zu prüfen. Dabei müssen die

Zentralkomitees dafür sorgen, daß die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale allen örtlichen Organisationen bekannt sind.

20. Diejenigen Parteien, die jetzt in die Kommunistische Internationale eintreten wollen, aber bisher ihre frühere Taktik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die Kommunistische Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihrer Zentralkomitees und aller wichtigsten zentralen Parteikörperschaften aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Anschluß an die Kommunistische Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Zustimmung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Interrationale hat das Recht, auch für die in § 7 genannten Vertreter des "Zentrums" Ausnahmen zu machen.

21. Parteimitglieder, die die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Verpflichtungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, müssen aus der Partei ausgeschlossen werden.

Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitag.

REDE VON A.BORDIGA ÜBER DIE BEDINGUNGEN DER AUFNAHME IN DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Gehalten auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 29.Juli 1920.

Ich möchte Euch einige Beobachtungen unterbreiten, die ich vorschlage, der Einleitung zu den von der Kommission in Vorschlag gebrachten Leitsätzen zu benutzen; außerdem schlage ich vor, zu diesen Leitsätzen noch eine konkrete Bedingung hinzusetzen. Der Text lautet folgendermaßen : "Die Parteien, die bis jetzt ihr altes sozialdemokratisches Programm aufrechterhielten, sind verpflichtet, dasselbe unverzüglich einer Revision zu unterziehen und ein neues kommunistisches Programm auszuarbeiten, den Bedingungen ihres Landes entsprechend, im Geiste der Kommunistischen Internationale. Es ist Regel, daß die Programme der der Kommunistischen Internationale beigetretenen Parteien durch den internationalen Kongreß oder durch das Exekutivkomitee bestätigt werden. Falls dieses einer Partei die Sanktion versagt, ist die Partei berechtigt, sich an den Kongreß der Kommunistischen Internationale zu wenden".

Dieser Kongreß hat eine außerordentliche Bedeutung; er muß die wesentlichen Grundsätze der Kommunistischen Internationale verteidigen und sichern. Als Genosse Lenin, im April 1917, nach Rußland zurückkehrte und einen kurzen Entwurf des neuen Programms der Kommunistischen Partei vorlegte, sprach er auch von der Wiederaufrichtung der Internationale. Er sagte, daß diese Arbeit sich auf zwei wesentliche Grundlagen stützen müßte, daß man einerseits die Sozialpatrioten, andererseits die Sozialdemokraten entfernen müsse, diese Anhänger der II. Internationale, die es für möglich halten, die Befreiung des Proletariats erreichen zu können, ohne Klassenkampf mit den Waffen in der Hand, ohne die Not-

wendigkeit, nach dem Siege, in der Zeit des Aufstands, die Diktatur des Proletariats aufzurichten.

Der revolutionäre Erfolg in Rußland führt uns zum Marxismus zurück. Die revolutionäre Bewegung, die sich aus den Ruinen der II. Internationale gerettet hatte, richtet sich nach diesem Programm und die Arbeit, die nun begonnen hat, führte zur offiziellen Bildung einer neuen internationalen Organisation.

In unserer gegewärtigen Lage, die nicht vom Zufall geschaffen, sondern vielmehr vom Gang der Geschichte bestimmt ist, glaube ich, droht uns die Gefahr, daß diese Elemente beider Arten, die wir hinausgeworfen haben, wieder in unsere Mitte drängen.

Nachdem die Parole "Sowjetmacht" in das russische und das internationale Proletariat der Welt hinausgeschleudert wurde, erhoben sich nach Beendigung des Krieges die Wogen der Revolution, und das Proletariat der ganzen Welt setzte sich in Bewegung. In allen Ländern fand in den alten sozialistischen Parteien eine natürliche Auslese statt. Es entstanden kommunistische Parteien, die den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie aufnahmen.

Die darauffolgende Periode war eine Zeit des Stillstandes, da die Revolution in Deutschland(Bayern) und in Ungarn durch die Bourgeoisie niedergeschlagen worden ist.

Der Krieg ist längst vorbei. Das Kriegsproblem und die Frage der nationalen Verteidigung bieten im Augenblick kein unmittelbares Interesse mehr. Es ist sehr einfach, jetzt zu sagen, daß man in einem neuen Kriege nicht wieder in die alten Irrtümer verfallen wird, d.h. in den Fehler der heiligen Einheit und der nationalen Verteidigung.

Die Revolution sei noch fern, werden die Zentristen sagen, sie sei für sie kein Problem des Augenblicks, und sie werden vorgeben die Leitsätze der Kommunistischen Internationale annehmen: die Macht der Sowjets, die Diktatur des Proletariats, den roten Terror.

Wir würden also in großer Gefahr sein, wenn wir den Fehler machten, diese Leute in unsere Reihen aufzunehmen.

Die Kommunistische Internationale kann den Lauf der Geschichte nicht beschleunigen. Sie kann die Revolution weder schaffen noch gewaltsam hervorrufen. In unserer Macht steht es nur, das Proletariat vorzubereiten. Aber unsere Bewegung muß der Lehren, die der Krieg und die russische Revolution uns gegeben haben, eingedenk sein. Meiner Meinung nach müssen wir ihnen die größte Aufmerksamkeit schenken.

Die rechten Elemente nehmen unsere Leitsätze an, aber in einer ungenügenden Weise, mit einem gewissen Vorbehalt. Wir Kommunisten müssen verlangen, daß diese Annahme eine vollständige ist und ohne Einschränkungen für die Zukunft, sowohl was die Theorie wie auch die Aktion anbelangt.

Wir haben die erste Anwendung der marxistischen Methode und Theorie in Rußland gesehen, d.h. in einem Lande, wo die Entwicklung der Klassen noch kein hohes Niveau erreicht hatte.

Diese Methode muß also in Westeuropa, wo der Kapitalismus höher entwickelt ist, mit noch größerer Klarheit und Konsequenz angewandt werden.

Man sprach hier von einem Unterschied zwischen den Reformisten und den Revolutionären. Das ist eine veraltete Ausdrucksweise. Es kann keine Reformisten mehr geben, weil die bürgerliche Krise jede Reformarbeit ausschließt. Die Rechtssozialisten wissen das genau, wenn sie eine Krise der Gesellschaftsordnung befürworten und sich "Revolutionäre" nennen, dabei aber hoffen, daß die Art dieses Kampfes eine andere sein wird als in Rußland. Ich bin der Meinung, Genossen, daß die Kommunistische Internationale unnachgiebig und standhaft ihren politisch-revolutionären Charakter behaupten muß.

Den Reformisten müssen wir unübersteigbare Barrikaden errichten. Diese Parteien müssen gezwungen werden, eine unzweideutige Erklärung ihrer Prinzipien zu geben. Man müßte

ein für alle Parteien der Welt gemeinsames Programm einführen, was leider zur Zeit nicht möglich ist. Die Kommunistische Internationale besitzt keine praktischen Mittel, um sich zu versichern, daß diese Leute dem kommunistischen Programm Folge leisten werden. Doch schlage ich folgende Bedingung vor.

Wenn man im 16. Leitsatz sagt: "Parteien, die bisher noch ihre alten sozialdemokratischen Programme beibehalten haben, sind verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit diese Programme zu ändern und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes ein neues kommunistische Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten", müßte man nach den Worten: "diese Programme zu ändern" folgende Worte ausstreichen: "und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes im Sinne der Kommunistischen Internationale", und sie durch die Worte ersetzen: "in welchen die Grundsätze der Kommunistischen Internationale in einer unzweideutigen und mit den Resolutionen der internationalen Kongresse vollständig übereinstimmenden Weise festgelegt werden. Die Minderheit der Partei, die sich gegen dieses Programm erklärt, muß aus diesem Grund aus der Parteiorganisation ausgeschlossen werden. Die Parteien, die ihr Programm geändert haben und der Kommunistischen Internationale beigetreten sind und diese Bedingung nicht erfüllt haben, müssen sofort einen außerordentlichen Kongreß einberufen, um sich darüber zu einigen".

Diese Frage der Rechtsminderheit, über die die Vertreter der Französischen Sozialistischen Partei sich nicht geäußert und nicht gesagt haben, daß sie Renaudel und andere aus ihrer Partei ausschließen werden, muß klar und deutlich gestellt werden.

Alle gegen das neue Programm Stimmende müssen aus der Partei austreten. Betreffs des Programms gibt es keine Disziplin. Entweder man nimmt es an, oder aber man nimmt es nicht an; wenn nicht, dann scheidet man aus der Partei aus.

Das Programm ist etwas, was allen gemeinsam ist. Es ist nicht etwas, was von der Mehrzahl der Parteigenossen auf-

gestellt ist. Es ist das, was den Parteien auferlegt wird, die in die Kommunistische Internationale aufgenommen werden wollen. Schließlich wird erst heute festgelegt, daß es einen Unterschied gibt zwischen dem Wunsche, der Kommunistischen Internationale beizutreten und der Tatsache, von ihr aufgenommen zu werden.

Ich meine, man muß dem Exekutivkomitee nach dem Kongreß eine gewisse Zeit lassen um darauf zu achten, daß alle den Parteien von der Kommunistischen Internationale auferlegten Verpflichtungen auch erfüllt werden. Nach dieser Zeit, nach der sogenannten Organisationsperiode, müßte man die Tür schliessen. Dann darf es keine andere Art der Aufnahme mehr geben, als der persönliche Eintritt in die kommunistische Partei des einzelnen Landes.

Mein Vorschlag geht dahin, daß die Bedingung des Genossen Lenin, die zurückgezogen worden ist, wieder aufgestellt wird, nämlich die, daß in den Parteien, die aufgenommen werden wollen, eine gewisse Anzahl Kommunisten die Führung der Parteiorgane übernehmen. Ich würde vorziehen, daß alle Kommunisten wären. Der Opportunismus muß überall bekämpft werden. Aber diese Aufgabe wird uns sehr schwer fallen, wenn in demselben Augenblick, wo man Maßnahmen trifft, um die Kommunistische Internationale zu reinigen, die Tür geöffnet wird, um die Draußenstehenden eintreten zu lassen.

Ich erkläre im Namen der Linken der Italienischen Sozialistischen Partei, daß wir uns verpflichten, die Opportunisten in Italien zu bekämpfen. Wir wünschen aber nicht, daß sie, von uns verjagt, irgendwie anders in die III. Internationale aufgenommen werden. Wir sagen Euch: Nachdem wir mit Euch gearbeitet haben, wollen wir in unser Land zurückkehren und eine einheitliche Front gegen die Sozialverräter, gegen die Saboteure der kommunistischen Revolution bilden.

ANMERKUNG

Die von A.Bordiga am Anfang seiner Rede kritisierte 16. These wurde unverändert als 15. angenommen; ein anderer Änderungsvorschlag Bordigas wurde in der 19. These akzeptiert.

Die Ausarbeitung der Bedingungen zu Aufnahme in die III. Internationale (die sogenannten 21 Moskauer Punkte) nahm in dem zuständigen Ausschuß eine lange Zeit in Anspruch . Nachdem geklärt war, daß Bedingung zur Aufnahme in die Internationale die uneingeschränkte Annahme des Programms war (15. These), wurde der daraus resultierende Ausschluß derjenigen Parteien aus der Internationale, die in den Beitrittskongressen gegen das Programm stimmten, gründlich erörtert.

Ein Vorschlag Lenins wurde zuerst weniger streng formuliert indem in der 20. Bedingung gesagt wurde, daß zwei Drittel der Parteiführer, die der Internationale beitreten wollten, bewährte Kommunisten seien. Die radikalere Formulierung wurde von den Vertretern der Linken und insbesondere der Italienischen Linken wieder aufgestellt und zur 21. These erhoben.

Lenin, der diese Bedingung annahm und vor dem Kongreß vertrat, kritisierte scharf den Opportunismus der rechtsstehenden U.S.P.D., die somit jede Hoffnung verlor, in der Internationale bleiben zu können.

Die Bedeutung der 21. These bestand darin, nicht nur den Ausschluß von Führern, sondern auch einer ganzen sozialdemokratischen Tendenz zu vollziehen, die bei einigen Flügeln der teilnehmenden Parteien vorhanden war.

LEITSÄTZE ÜBER DIE KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN UND DEN PARLAMENTARISMUS

Angenommen auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 2. August 1920.

DIE NEUE EPOCHE UND DER NEUE PARLAMENTARISMUS

Die Stellung der sozialistischen Parteien zum Parlamentarismus bestand von Anfang an, bereits in der Epoche der I. Internationale, darin, daß sie die bürgerlichen Parlamente zu Agitationszwecken ausnützten. Die Teilnahme am Parlament wurde unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung des Klassenbewußtseins - d.h. des Erwachens der Klassenfeindschaft - des Proletariats gegen die herrschende Klasse betrachtet. Diese Stellungsnahme änderte sich nicht unter dem Einfluß ihrer Theorie, sondern unter dem Einfluß der politischen Entwicklung. Durch die ununterbrochene Steigerung der Produktivkräfte und die Erweiterung des Gebiets der kapitalistischen Ausbeutung gewann der Kapitalismus und gewannen mit ihm die parlamentarischen Staaten dauernd an Festigkeit.

Hieraus entstanden: die Anpassung der parlamentarischen Taktik der sozialistischen Parteien an die "organische" gesetzgeberische Arbeit des bürgerlichen Parlaments und die immer größere Bedeutung des Kampfes um Reformen im Rahmen des Kapitalismus, die Herrschaft des sogenannten Minimalprogramms der Sozialdemokratie, die Umwandlung des Maximalprogramms in eine Plattform für Diskussionen über ein überaus entferntes "Endziel". Auf dieser Grundlage entwickelten sich dann die Erscheinungen des parlamentarischen Strebertums, der Korruption, des offenen oder versteckten Verrates

an den elementarsten Interessen der Arbeiterklasse.

Die Stellung der III. Internationale zum Parlamentarismus wird nicht durch eine neue reine Lehre, sondern durch die Änderung der Rolle des Parlamentarismus selbst bestimmt. In der vorhergehenden Epoche hat das Parlament als Werkzeug des sich entwickelnden Kapitalismus eine in gewissem Masse historisch fortschrittliche Arbeit geleistet. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen des zügellosen Imperialismus hat sich das Parlament in ein Werkzeug der Lüge, des Betruges, der Gewalttat und des entnervenden Geschwätzes verwandelt. Angesichts der imperialistischen Verheerungen, Plünderungen , Gewalttaten, Räubereien und Zerstörungen verlieren parlamentarische Reformen, des Systems, der Stetigkeit und der Planmäßigkeit beraubt, für die werktätigen Massen jede praktische Bedeutung.

Wie die ganze bürgerliche Gesellschaft, verliert auch der Parlamentarismus seine Festigkeit. Der plötzliche Übergang von der organischen zur kritischen Epoche schafft die Grundlage für eine neue Taktik des Proletariats auf dem Gebiet des Parlamentarismus. So hat z.B. die russische Arbeitpartei (die Bolschewiki) den Kern des revolutionären Parlamentarismus schon in der vergangenen Epoche herausgearbeitet, weil Rußland seit 1905 aus dem politischen und sozialen Gleichgewicht gebracht und in die Periode der Stürme und Erschütterungen eingetreten war.

Wenn einige Sozialisten, die zum Kommunismus neigen , darauf hinweisen, daß der Augenblick für die Revolution in ihren Ländern noch nicht gekommen sei, und es ablehnen, sich von den parlamentarischen Opportunisten abzuspalten, gehen sie - im Grunde genommen bewußt oder halb bewußt - von einer Einschätzung der bevorstehenden Epoche als einer Epoche der relativen Festigkeit der imperialistischen Gesellschaft aus und glauben, daß auf dieser Grundlage im Kampf um Reformen, eine Koalition mit den Turati und Longuet praktische Resultate ergeben könne.

Der Kommunismus muß von einer klaren theoretischen Einschätzung des Charakters der gegenwärtigen Epoche ausgehen (Höhepunkt des Kapitalismus; seine imperialistische Selbstverneinung und Selbstvernichtung; ununterbrochenes Anwachsen des Bürgerkrieges etc.). In den verschiedenen Ländern können die Formen der politischen Wechselbeziehungen und Gruppierungen verschieden sein. Aber das Wesen bleibt überall ein und dasselbe. Es handelt sich für uns um die unmittelbare politische und technische Vorbereitung des Aufstandes des Proletariats: um die Zerstörung der bürgerlichen und die Errichtung der neuen, proletarischen Macht.

Das Parlament kann gegenwärtig für die Kommunisten auf keinen Fall der Schauplatz des Kampfes um Reformen, um Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sein, wie das in gewissen Augenblicken der vergangenen Periode der Fall war. Der Schwerpunkt des politischen Lebens hat sich vollkommen aus dem Parlament verschoben und zwar endgültig. Andererseits ist die Bourgeoisie nicht nur infolge ihres Verhältnisses zu den werktätigen Massen, sondern auch infolge der komplizierten Wechselbeziehungen innerhalb der bürgerlichen Klassen gezwungen, einen Teil ihrer Maßnahmen auf die eine oder die andere Weise vermittels des Parlaments durchzuführen, wo die verschiedenen Cliquen um die Macht handeln, ihre starken Seiten offenbaren, ihre schwachen Seiten verraten, sich kompromittieren usw.

Die unmittelbare historische Aufgabe der Arbeiterklasse besteht deshalb darin, diese Apparate den Händen der herrschenden Klassen zu entreißen, sie zu zerbrechen, zu vernichten, und an ihre Stelle neue, proletarische Machtorgane zu setzen. Gleichzeitig aber ist der revolutionäre Stab der Arbeiterklasse stark daran interessiert, seine Kundschafter in den parlamentarischen Einrichtungen der Bourgeoisie zu haben, um diese Aufgabe der Zerstörung zu erleichtern. Hieraus ergibt sich vollkommen klar der radikale Unterschied zwischen der Taktik des Kommunisten, der mit

revolutionären Zielen in das Parlament eintritt und der Taktik des sozialistischen Parlamentariers. Der letztere geht von der Voraussetzung einer relativen Festigkeit, einer unbestimmten Dauer der bestehenden Herrschaft aus. Er macht es sich zur Aufgabe, mit allen Mitteln Reformen zu erreichen und ist daran interessiert, daß jede Errungenschaft von der Masse in gebührender Weise als Verdienst des sozialistischen Parlamentarismus entsprechend eingeschätzt werde. (Turati, Longuet & Co.)

An die Stelle des alten Parlamentarismus der Anpassung tritt der neue Parlamentarismus, der eines der Werkzeuge zur Vernichtung des Parlamentarismus überhaupt ist. Die widerwärtigen Überlieferungen der alten parlamentarischen Taktik treiben allerdings einige revolutionäre Elemente in das Lager der grundsätzlichen Gegner des Parlamentarismus (I.W.W., der Revolutionären Syndakalisten, der K.A.P.D.). Unter Berücksichtigung dieser Erscheinung stellt der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale folgende Thesen auf.

DER KOMMUNISMUS. Der Kampf für die Diktatur des Proletariat und die Ausnutzung der bürgerlichen Parlamente.

I.

1) Der Parlamentarismus als Staatssystem ist eine "demokratische" Herrschaftsform der Bourgeoisie geworden, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Täuschung einer Volksvertretung bedarf, die äußerlich als eine Organisation eines außerhalb der Klassen stehenden "Volkswillens" erscheint, im Grunde aber ein Werkzeug zur Unterdrückung und Unterjochung in den Händen des herrschenden Kapitals ist.

2) Der Parlamentarismus ist eine bestimmte Form der Staatsordnung. Deshalb kann er auf keinem Fall eine Form der kommunistischen Gesellschaft sein, die weder Klassen noch

Klassenkampf, noch irgend eine Staatsgewalt kennt.

3) Der Parlamentarismus kann auch keine Form der proletarischen Staatsverwaltung in der Übergangsperiode von der Diktatur der Bourgeoisie zur Diktatur des Proletariats sein. Im Augenblick des zugespitzten Klassenkampfes, der in den Bürgerkrieg übergeht, muß das Proletariat seine Organisation unvermeidlich als Kampfesorganisation aufbauen, in die die Vertreter der früheren herrschenden Klassen nicht zugelassen werden. Dem Proletariat ist in diesem Stadium jede Fiktion des "allgemeinen Volkswillens" direkt schädlich. Das Proletariat bedarf keiner parlamentarischen Teilung der Macht, sie ist ihm schädlich. Die Form der proletarischen Diktatur ist die Sowjetrepublik.

4) Die bürgerlichen Parlamente, diese wichtigsten Teile der bürgerlichen Staatsmaschine, können als solche nicht auf die Dauer erobert werden, ebenso wie das Proletariat den bürgerlichen Staat überhaupt nicht erobern kann. Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die Staatsmaschine der Bourgeoisie zu sprengen, sie zu zerstören und zugleich mit ihr die Parlamentsinstitutionen, ganz gleich ob es republikanische oder konstitutionell-monarchistische sind.

5) Das gleiche gilt für die Kommunaleinrichtungen der Bourgeoisie. Es ist theoretisch falsch, sie den Staatsorganen gegenüberzustellen. In Wirklichkeit sind sie genausolche Apparate des Staatsmeschanismus der Bourgeoisie, die das revolutionäre Proletariat zerstören und durch örtliche Arbeiterräte ersetzen muß.

6) Der Kommunismus verneint also den Parlamentarismus als Form der zukünftigen Gesellschaftsordnung. Er verneint die Möglichkeit einer Eroberung des Parlaments auf die Dauer, er setzt sich die Zerstörung des Parlaments zum Ziel. Daher kann nur von der Ausnützung der bürgerlichen Staatseinrichtungen zum Zwecke ihrer Zerstörung die Rede sein. In diesem und nur in diesem Sinne kann die Frage gestellt werden.

II.

7) Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, denn er ist letzten Endes ein Kampf um die Macht. Jeder beliebige Streich, der sich über das ganze Land ausbreitet, wird zu einer Gefahr für den bürgerlichen Staat und erlangt dadurch einen politischen Charakter. Will man die Bourgeoisie stürzen ind ihren Staat zerstören, so heißt das, daß man einen politischen Kampf führen muß. Einen eigenen proletarischen Klassenapparat für die Verwaltung und zur Unterdrückung der sich widersetzenden Bourgeoisie schaffen - wie dieser Apparat auch sein mag -, heißt, die politische Macht erobern.

8) Folglich ist die Frage des politischen Kampfes durchaus nicht identisch mit der Frage des Verhaltens zum Parlamentarismus. Jene ist eine allgemeine Frage des proletarischen Klassenkampfes, der charakterisiert wird durch die Steigerung von kleinen Teilkämpfen zum allgemeinen Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung überhaupt.

9) Die wichtigste Kampfmethode des Proletariats gegen die Bourgeoisie, d.h. gegen ihre Staatsmacht, ist vor allen Dingen die Massenaktion. Die Massenaktionen werden von den revolutionären Massenorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Räten) des Proletariats unter der allgemeinen Führung einer geschlossenen, disziplinierten, zentralisierten kommunistischen Partei organisiert und geleitet. Der Bürgerkrieg ist ein Krieg. In diesem Krieg muß das Proletariat sein tapferes politisches Offizierskorps, seinen starken politischen Generalstab haben, der alle Operationen auf allen Gebieten des Kampfes leitet.

10) Der Massenkampf ist ein ganzes System sich entwikkelnder Aktionen, die sich in ihrer Form verschärfen und logisch zum Aufstand gegen den kapitalistischen Staat führen. In diesem Massenkampf, der sich zum Bürgerkrieg entwickelt, muß die führende Partei des Proletariats alle legalen Stellungen festigen, sie zu Hilfsstützpunkten ihrer revolutio-

nären Tätigkeit machen und diese Stellungen dem Plan des Haupfeldzuges, der Kampagne des Massenkampfes, unterordnen.

11) Ein solcher Hilfstützpunkt ist die Tribüne des bürgerlichen Parlaments. Gegen die Teilnahme am parlamentarischen Kampf kann durchaus nicht die Begründung angeführt werden, daß das Parlament eine bürgerliche Staatsinstitution sei. Die kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort eine organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlaments selbst durch die Aktion zu sprengen (z.B. die Tätigkeit Liebknechts in Deutschlands , die Bolschewiki in der zaristischen Duma, in der "Demokratischen Beratung", in dem "Vorparlament" Kerenskys, in der "Konstituirenden Versammlung", in den Stadtdumas und schließlich die Tätigkeit der bulgarischen Kommunisten).

12) Diese Tätigkeit im Parlament, die hauptsächlich der revolutionären Agitation von der Parlamentstribüne, der Entlarvung der Gegner, dem geistigen Zusammenschluß der Massen dient, die, namentlich in den rückständigen Gebieten, von demokratischen Illusionen befangen, nach der Parlamentstribüne blicken - diese Arbeit muß vollkommen den Zielen und Aufgaben des Massenkampfes außerhalb des Parlaments untergeordnet sein.

Die Teilnahme am Wahlkampf und die revolutionäre Propaganda von der Parlamentstribüne herab ist von besonderer Wichtigkeit für die politische Eroberung jener Schichten der Arbeiterklasse, die bisher, wie z.B. die werktätigen Massen auf dem Lande, dem politischen Leben fernstanden.

13) Bekommen die Kommunisten die Mehrheit in kommunalen Einrichtungen, so müssen sie a) revolutionäre Opposition gegen die bürgerliche Zentralgewalt treiben; b) alles tun, um der ärmeren Bevölkerung zu helfen (wirtschaftliche Maßnahmen, Organisierung oder Versuche zur Organisierung einer bewaffneten Arbeitermiliz etc.); c) bei jeder Gelegenheit auf die Schranken hinweisen, die die bürgerliche Staatsge-

walt allen wirklich großen Veränderungen entgegensetzt; d) auf dieser Grundlage schärfste revolutionäre Propaganda entwickeln, ohne den Konflikt mit der Staatsgewalt zu fürchten; e) unter gewissen Bedingungen, die Gemeindeverwaltungen etc. durch lokale Arbeiterräte ersetzen. Die ganze Tätigkeit der Kommunisten in der Kommunalverwaltung muß also ein Bestandteil der allgemeinen Zersetzungsarbeit des kapitalistischen Systems sein.

14) Die Wahlkampagne selbst soll nicht im Geiste der Jagd auf eine Höchstzahl von Parlamentsmandaten geführt werden, sondern im Geiste revolutionärer Mobilisierung der Massen für die Losungen der proletarischen Revolution. Die Wahlkampagne soll von der gesamten Masse der Parteimitglieder geführt werden, und nicht nur von der Elite der Partei. Es ist notwendig, dabei alle Massenaktionen (Streiks, Demonstrationen, Gärungen unter den Soldaten und Matrosen usw.), die gerade stattfinden, auszunützen und mit ihnen in enge Fühlung zu kommen. Das Heranziehen aller proletarischen Massenorganisationen zur aktiven Tätigkeit ist notwendig.

15) Bei Wahrnehmung aller dieser, wie auch der in einer besonderen Instruktion angeführten Vorbedingungen ist die parlamentarische Tätigkeit das direkte Gegenteil jenes schmutzigen Politikantentums, das die sozialdemokratischen Parteien aller Länder praktizieren, die ins Parlament gehen, um diese "demokratische" Institution zu unterstützen oder sie bestenfalls zu "erobern". Die Kommunistische Partei kann ausschließlich nur für die revolutionäre Ausnützung des Parlamentarismus im Geiste Karl Liebknechts, Höglunds und der Bolschewiki sein.

III.

16) Der prinzipielle "Antiparlamentarismus" in dem Sinne absoluter und kategorischer Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der parlamentarischen revolutionären Tätigkeit ist also eine naive, kindische Doktrin, die keiner

Kritik standhält, eine Doktrin, deren Ursache mitunter ein gesunder Ekel vor den politikasternden Parlamentariern ist, die aber gleichzeitig nicht die Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus sieht. Außerdem ist diese Doktrin oft mit einer ganz unrichtigen Vorstellung von der Rolle der Partei verknüpft, die in der Kommunistischen Partei nicht den zentralisierten Stoßtrupp der Arbeiter, sondern ein dezentralisiertes System lose miteinander verbundener Gruppen sieht.

17) Andererseits folgt aus den prinzipiellen Anerkennen der parlamentarischen Tätigkeit durchaus nicht die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Wahlen und konkreter Teilnahme an den Parlamentssitzungen unter allen Umständen. Das hängt von einer ganzen Reihe spezifischer Bedingungen ab. Unter bestimmten Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament notwendig sein. Das taten die Bolschewiki, als sie aus dem Vorparlament austraten, um es zu sprengen, ihm sofort jede Kraft zu nehmen und ihm den am Vorabend des Aufstandes stehenden Petersburgersowjet schroff gegenüberzustellen; so handelten sie als sie die Kostituante auseinandertrieben und den Schwerpunkt der politischen Ereignisse nach dem III. Rätekongreß verschoben. Unter anderen Umständen kann ein Boykott der Wahlen und eine unmittelbare gewaltsame Beseitigung des ganzen bürgerlichen Staatsapparates und der bürgerlichen Parlamentsclique oder auch eine Teilnahme an den Wahlen bei gleichzeitigem Boykott des Parlaments usw. notwendig sein.

18) Indem also die Kommunistische Partei die Notwendigkeit der Teilnahme an den Wahlen zu den zentralen Parlamenten und den Organen der lokalen Selbstverwaltung sowie die Arbeit in diesen Institutionen im allgemeinen anerkennt, muß sie die Frage konkret entscheiden und von den Besonderheiten des jeweiligen Augenblicks ausgehen. Der Boykott der Wahlen oder der Parlamente ebenso wie der Austritt aus dem Parlament ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die unmit-

telbaren Vorbedingungen für den Übergang zum bewaffneten Kampf gegeben sind.

19) Dabei muß man stets die relative Unwichtigkeit dieser Frage im Auge behalten. Da der Schwerpunkt im ausserhalb des Parlaments geführten Kampf um die Staatsmacht liegt, so versteht es sich von selbst, daß die Frage des proletarischen Diktatur und des Kampfes der Massen für diese Diktatur mit der Teilfrage der Ausnutzung des Parlamentarismus nicht gleichzusetzen ist.

20) Daher betont die Kommunistische Internationale mit aller Entschiedenheit, daß sie jede Spaltung oder jeden Versuch einer Spaltung innerhalb der kommunistischen Parteien in dieser Frage und nur aus diesem Grunde für einen schweren Fehler hält. Der Kongreß ruft alle Elemente, die auf dem Boden der Anerkennung des Massenkampfes um die proletarische Diktatur unter der Führung der zentralisierten Partei des revolutionären Proletariats stehen, einer Partei, die ihren Einfluß auf alle Massenorganisationen der Arbeiter ausübt, auf, völlige Einheit der kommunistischen Elemente herbeizuführen trotz der möglichen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Ausnutzung der bürgerlichen Parlamente.

REDE A.BORDIGAS ÜBER DEN PARLAMENTARISMUS

Gehalten auf dem II Kongreß der Kommunistischen Internationale am 2.August 1920.

Die linke Fraktion der Italienischen Sozialistischen Partei ist antiparlamentarisch aus Gründen, die nicht allein für Italien, sondern allgemein gültig sind.

Handelt es sich hier nun um eine prinzipielle Frage? Gewiß nicht. Wir sind doch im Prinzip alle Gegner des Parlamentarismus, weil wir ihn als Mittel der Befreiung des Proletariats und als politische Form des proletarischen Staates ablehnen.

Die Anarchisten sind im Prinzip Antiparlamentaristen, weil gegen jede Machtdelegation. Die syndakalistischen Gegner der politischen Aktion der Partei, die eine ganz andere Auffassung des Befreiungsprozesses des Proletariats haben, sind es ebenfalls. Was uns betrifft, so stützt sich unser Antiparlamentarismus auf die marxistische Kritik der bürgerlichen Demokratie. Ich will hier die Argumente des kritischen Kommunismus nicht erneut darlegen, der die bürgerliche Lüge über die politische Gleichheit entlarvte, als ein Mittel, die wirtschaftliche Ungleichheit und den Klassenkampf zu verwischen.

Unserer Auffassung liegt die Idee eines historischen Prozesses zugrunde, in welchem die Befreiung des Proletariats nach einem heftigen Klassenkampf, der durch die Diktatur des Proletariats unterstützt wird, erreicht wird.

Diese theoretische Auffassung, die in dem "Kommunistischen Manifest" klargelegt ist, hat in der russischen Revolution ihre erste historische Verwirklichung gefunden. Zwischen diesen beiden Ereignissen liegt eine lange Zeitspanne. Währenddessen ist die Entwicklung der kapitalistischen Welt weit vorgeschritten. Die marxistische Bewegung entartete zu einer sozialdemokratischen Bewegung und bereitete

den Boden für eine Zusammenarbeit in beruflichen Interessen zwischen einzelnen Arbeitergruppen und der bürgerlichen Demokratie. Die Entartung äußerte sich zugleich in den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien.

Man hatte die marxistische Aufgabe der Klassenpartei vergessen, im Namen der ganzen Arbeiterklasse aufzutreten, um sie an ihre historischen revolutionären Aufgaben zu erinnern. Man fabrizierte eine ganz neue Ideologie, die mit dem Marxismus nichts gemein hat, die Anwendung der Gewalt verwarf, die Diktatur des Proletariats aufgab, um sie durch die Illusion einer friedlichen und demokratischen Umwandlung der Gesellschaft zu ersetzen.

Die russische Revolution hat die marxistische Theorie kraftvoll bestätigt, indem sie die Notwendigkeit eines heftigen Kampfes und die Errichtung der Diktatur des Proletariats bewies. Aber die historischen Bedingungen, unter denen sich die russische Revolution entwickelte, sind andere als die Bedingungen für die proletarische Revolution in den Ländern Westeuropas und Amerikas. Die Situation in Rußland erinnert eher an die Lage in Deutschland im Jahre 1848, wo zwei aufeinanderfolgende Revolutionen an der Tagesordnung waren: die demokratische und die proletarische.

Die taktischen Erfahrungen der russischen Revolution können deshalb nicht auf andere Länder übertragen werden, in denen die bürgerliche Demokratie bereits seit langer Zeit funktioniert und wo die revolutionäre Krise zu einem direkten Übergang von dieser Ordnung zur Diktatur des Proletariats führen wird.

Die marxistische Bedeutung der russischen Revolution liegt darin, daß sie in ihrer Endphase -- die Auflösung der Konstituierenden Versammlung und das Ergreifen der Macht durch die Sowjets - nur auf marxistischer Grundlage erkämpft und begriffen werden konnte und die Grundlage für die Kommunistische Internationale schuf, die endgültig mit der Sozialdemokratie brach, die während des Krieges schänd-

lich versagt hat.

Das revolutionäre Problem verlangt von dem westlichen Europa vor allem, den Boden der bürgerlichen Demokratie zu verlassen, zu beweisen, daß die Forderung der Bourgeoisie, jeder politische Kampf solle nur durch den Mechanismus des Parlaments ausgetragen werden, eine Lüge ist, und daß der Kampf auf eine andere Weise, durch direkte revolutionäre Tätigkeit zur Eroberung der Macht geführt werden muß.

Dazu braucht die Partei eine neue technische Ornanisation, d.h. eine historisch neue Bildung. Diese wird durch die kommunistische Partei verwirklicht, die "von der Epoche des direkten Kampfes um die Diktatur des Proletariats" erzeugt wurde, wie es in den Leitsätzen des Exekutivkomitees, die Frage der Rolle der Partei betreffend, gesagt wird (Leitsatz 4).

Der erste Mechanismus der Bourgeoisie, der zerstört werden muß, bevor man zur wirtschaftlichen Errichtung des Kommunismus übergeht und noch bevor man an Stelle des alten Staatsapparates den proletarischen Staat setzt, ist gerade das Parlament.

Die bürgerliche Demokratie wirkt unter den Massen als indirektes Verteidigungsmittel, während der Exekutivapparat sich bereit hält, direkte Gewaltmittel anzuwenden, die in Tätigkeit gesetzt werden, sobald die letzten Versuche, das Proletariat auf den Boden legaler demokratischer Politik zu ziehen, mißglückt sind.

Es ist also von äusserster Wichtigkeit, dieses Spiel der Bourgeoisie zu entlarven und den Massen den ganzeh Betrug des bürgerlichen Parlamentarismus zu zeigen.

Die Praxis der traditionellen sozialistischen Parteien hatte bereits vor dem Weltkriege eine antiparlamentarische Reaktion in die Reihen des Proletariats getragen: die syndakalistisch-anarchistische Reaktion, die jeder politischen Tätigkeit den Wert absprach, um die Aktivität des Proletariats auf die Gebiete der wirtschaftlichen Organisationen zu konzentrieren, und die dadurch die falsche Vorstellung

verbreitet hat, daß es außerhalb der Wahl- und Parlamentstätigkeit keine politische Tätigkeit gibt. Gegen diese Vorstellung wie auch gegen die sozialdemokratische Illusion muß angekämpft werden; diese Auffassung steht der wahren revolutionären Methode ganz fern und führt das Proletariat in seinem Befreiungskampf auf einen falschen Weg.

In der Propaganda ist größte Klarheit nötig; die Massen brauchen eine einfache und klare Ausdrucksweise.

Von marxistischen Prinzipien ausgehend, schlagen wir vor, daß in Ländern, wo die demokratische Ordnung seit langem entwickelt ist, die Agitation für die Diktatur des Proletariats auf den Boykott der Wahlen und der demokratischen bürgerlichen Organe aufgebaut wird.

Die große Bedeutung, die man der Wahltätigkeit in der Praxis beimißt, enthält eine zweifache Gefahr: Einerseits erweckt sie den Anschein, daß sie die Haupttätigkeit bildet, andererseits nimmt sie alle Kräfte der Partei in Anspruch, wodurch die Arbeit in den übrigen Zweigen der Bewegung lahmgelegt wird. Die Sozialdemokraten sind nicht die einzigen, die den Wahlen eine große Bedeutung beimessen. Selbst in den von der Exekutive vorgeschlagenen Leitsätzen heißt es, daß es wichtig sei, in der Wahlkampagne alle Massenaktionen auszunutzen und alle Mittel der Agitation anzuwenden (Leitsatz 15).

Die Organisation der Partei, die die Wahltätigkeit ausübt, entwickelt einen ganz besonderen technischen Charakter, der dem Charakter der Organisation, die den revolutionären legalen oder illegalen Kampf führt, scharf widerspricht. Die Partei teilt sich in eine Menge von Wahlkomitees, die sich ausschließlich mit der Vorbereitung und Mobilisierung der Wähler befassen. Wenn es sich um eine alte sozialdemokratische Partei handelt, die sich der kommunistischen Bewegung angeschlossen hat, liegt in der Ausübung der Parlamentsaktion, wie sie früher praktiziert wurde, eine große Gefahr. Wir haben zahlreiche Beweise dafür.

Was die in Vorschlag gebrachten und von den Rednern verteidigten Leitsätze betrifft, möchte ich bemerken, daß ihnen eine historische Einleitung vorangeht, mit deren erstem Teil ich fast vollständig einverstanden bin. Es heißt dort, daß die I. Internationale sich des Parlamentarismus zu Agitations-, Kritik- und Propagandazwecken bediente. Später, in der II. Internationale, zeigte sich die schädliche Einwirkung des Parlamentarismus, der zum Reformismus und zur Zusammenarbeit der Klassen (Burgfrieden) führte. Daraus wird in der Einleitung der Schluß gezogen, daß die Kommunistische Internationale zur Parlamentstaktik zurückkehren soll zwecks Vernichtung des Parlaments von innen heraus. Die Kommunistische Internationale muß aber im Gegenteil, wenn sie dieselbe Doktrin annimmt wie die I., die ganz verschiedenen historischen Verhältnisse in Betracht ziehen und eine ganz andere Tätigkeit entfalten, nämlich nicht mit der bürgerlichen Demokratie zusammenzuarbeiten.

Der erste Teil der darauffolgenden Leitsätze steht auch mit den von mir unterstützten Ideen in keiner Weise in Widerspruch. Erst wo es sich um die Ausnutzung der Wahlkampagne und der Parlamentstribüne zu Massenaktionen handelt, beginnt der Unterschied. Wir weisen den Parlamentarismus nicht zurück, weil es sich um ein legales Mittel handelt. Man kann ihn aber nicht in derselben Weise benutzen wie die Presse, die Freiheit der Vereinigung usw. Hier handelt es sich um ein Aktionsmittel und dort um eine bürgerliche Institution, die durch proletarische Institutionen, durch Arbeitersowjets ersetzt werden muß. Wir denken nicht daran, nach der Revolution von der Ausnutzung der Presse, der Propaganda usw., abzustehen; aber wir sind bestrebt, zu allererst den demokratischen Apparat zu vernichten und an seine Stelle die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Wir vertreten nicht das gewöhnliche Argument der "Chefs". Man kann die Chefs nicht entbehren. Wir wissen es wohl und haben es vor dem Krieg den Anarchisten stets entgegen gehalten: es genügt nicht auf den Parlamentarismus zu ver-

zichten um ohne die Chefs fertig zu werden. Wir werden ihrer immer immer bedürfen als Propagandisten, Journalisten usw.

Gewiß ist in der Revolution eine zentralisierte Partei notwendig, die die Tätigkeit des Proletariats leitet. Diese Partei braucht selbstverständlich auch Führer; aber die Rolle der Partei, die Rolle der Führer ist eine ganz andere als sie es bei den Sozialdemokraten war. Die Partei leitet die Tätigkeit des Proletariats in dem Sinne, daß sie die gefährlichste Arbeit verrichtet, die die größte Aufopferung verlangt. Die Leiter der Partei sind nicht nur Führer der siegreichen Revolution, sie sind es auch, die bei einer Niederlage zuerst unter den Schlägen der Feinde fallen. Ihre Stellung ist eine ganz andere als die Stellung der Parlamentsführer, die die vorteilhaftesten Posten in der bürgerlichen Gesellschaft einnehmen.

Man sagt uns: Man kann auch von der Rednerbühne des Parlaments aus Propaganda machen. Darauf will ich mit einem etwas kindlichen Beweisgrund antworten: Was man auf der Rednertribüne des Parlaments sagt, wird in der Presse wiederholt. Wenn es sich um die bürgerliche Presse handelt, wird alles falsch dargestellt sein, handelt es sich aber um unsere Presse, so ist es verlorene Mühe, das was später gedruckt wird, vorher auf der Rednerbühne vorzutragen.

Die von dem Redner angeführten Beispiele werden unseren Leitsätzen keinen Abbruch tun. Liebknecht hat im Reichstag in einer Zeit gewirkt, in der wir die Möglichkeit der Parlamentstätigkeit anerkannten, um so mehr, da es sich damals nicht darum handelte, den Parlamentarismus selbst zu sanktionieren, sondern die bürgerliche Macht zu kritisieren.

Wenn wir aber Liebknecht, Hoeglung und die übrigen wenig zahlreichen Fälle der revolutionären Tätigkeit im Parlament auf eine Waagschale legen und in die andere die ganze Masse des Verrats der Sozialdemokraten, so wird das Ergebnis für den "revolutionären Parlamentarismus" durchaus ungünstig sein.

Die Parlamentstätigkeit der Bolschewiki in der Duma, im Vorparlament Kerenskis, in der Konstituirenden Versammlung wurde unter ganz anderen Verhältnissen ausgeübt, als es die sind, unter denen wir vorschlagen, die Parlamentstaktik zu verlassen. Ich will nicht auf den Unterschied zurückkommen, der zwischen der Entwicklung der russischen Revolution und der Revolution in den anderen bürgerlichen Ländern besteht.

Ich akzeptiere ebensowenig die Idee der Eroberungen durch Wahlmittel der bürgerlichen Kommunalinstitutionen. Hier liegt ein äußerst wichtiges Problem, das nicht verschwiegen werden kann. Ich gedenke die Wahlkampagne zu Agitations- und Propagandazwecken für die kommunistische Revolution auszunutzen; aber diese Agitation wird um so wirksamer sein, je kräftiger wir den Massen den Boykott der bürgerlichen Wahlen predigen.

Man kann übrigens nicht voraussehen, worin die zerstörende Tätigkeit bestehen könnte, die die Kommunisten im Parlament ausüben könnten. Der Referent legt über diese Frage den Entwurf einer Bestimmung hinsichtlich der Tätigkeit der Kommunisten im bürgerlichen Parlament vor. Das ist sozusagen die reine Utopie. Es wird nie gelingen, eine Parlamentstätigkeit zu entfalten, die den Prinzipien des Parlamentarismus widerspricht und aus den Grenzen der Parlamentsbestimmungen heraustritt.

Jetzt noch ein paar Worte über die Argumente des Genossen Lenin, die er in seiner Broschüre über den "linken" Kommunismus anführt.

Ich glaube nicht, daß man unsere antiparlamentarische Tendenz für eine solche halten kann, die den Austritt aus den Gewerkschaften fordert.

Die Gewerkschaft ist immerhin, wenn auch verdorben, ein Arbeitermilieu. Aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften austreten - hiesse die Auffassung der Syndakalisten teilen, die ein unpolitisches revolutionäres Kampforgan von ökonomischen Typus errichten wollen.

Das ist vom marxistischen Standpunkt aus ein Irrtum,

der nichts mit den Argumenten zu tun hat, auf die sich unser Antiparlamentarismus stützt.

In den Leitsätzen heißt es jedoch, daß die Frage des Parlamentarismus für die Kommunistische Revolution erst an zweiter Stelle komme, anders aber stehe es um die Frage der Gewerkschaften.

Ich finde, daß man aus der Opposition gegen die Parlamentstätigkeit kein endgültiges Urteil über einzelne Genossen oder kommunistische Parteien fällen kann. Genosse Lenin beschreibt uns in seinem interessanten Werk eine kommunistische Taktik, indem er seine sehr weite Tätigkeit bestimmt, auf Grund einer sehr aufmerksamen Analyse der Situation in der bürgerlichen Welt, und er macht den Vorschlag, bei dieser Analyse in den kapitalistischen Ländern die Erfahrungstatsachen der russischen Revolution anzuwenden.

Er betont auch die Notwendigkeit, dem Unterschied zwischen den verschiedenen Ländern Rechnung zu tragen.

Ich unternehme es nicht, diese Methode hier zu erörten.

Ich will nur bemerken, daß eine marxistische Bewegung in den demokratischen westlichen Ländern eine viel direktere Taktik verlangt, als die Taktik, die in der russischen Revolution angewandt wurde.

Genosse Lenin beschuldigt uns, das Problem der kommunistischen Aktion im Parlament ausschalten zu wollen, weil uns seine Lösung zu schwierig erscheint und weil die antiparlamentarische Taktik die geringste Anstrengung kostet.

Wir sind vollständing darin einig, daß die Aufgaben der proletarischen Revolution sehr groß und schwierig sind. Wir sind überzeugt, daß wir, wenn wir nach dem Problem der Parlamentsaktion auch die übrigen viel wichtigeren Probleme erörtert und bestimmt haben, doch nicht weitergekommen sein werden, und daß ihre Lösung nicht so einfach sein wird, wie wir es uns denken.

Deshalb beabsichtigen wir, die Hauptkräfte der kommunistischen Bewegung für viel wichtigere Gebiete, als das Parlament es ist, zu verwenden.

Wir schrecken vor keinen Schwierigkeiten zurück. Wir bemerken nur, daß die opportunistischen Parlamentarier, die auch eine leichte Taktik einschlagen, deshalb durch ihre parlamentarische Tätigkeit nicht weniger mit Arbeit belasten sind.

Daraus schließen wir, daß wir zur Lösung des Problems des kommunistischen Parlamentarismus nach den vorgeschlagenen Leitsätzen (wenn wir diese Lösung annehmen) eine große Anstrengung und eine unermüdliche Tätigkeit brauchen werden, und daß dann für die wirklich revolutionäre Tätigkeit wenig Mittel und Energie zurückbleiben werden.

In der Entwicklung der bürgerlichen Welt sind die Etappen, die selbst nach der Revolution, beim wirtschaftlichen Übergang vom Kapitalsmus zum Kommunismus notwendig beschritten werden müssen, nicht auf das politische Gebiet übertragbar. Der Übergang der Macht von den Ausbeutern zu den Ausgebeuteten führt einen sofortigen Wechsel des repräsentativen Staatsapparat mit sich. Der bürgerliche Parlamentarismus muß durch das System der Arbeiterräte ersetzt werden.

Die alte demokratische Maske, die den Klassenkampf verhüllt, muß zerrissen werden, damit die direkte revolutionäre Aktion eingeleitet werden kann.

Das ist unser Standpunkt dem Parlamentarismus gegenüber, ein Standpunkt, der mit der revolutionären marxistischen Methode in vollem Einklang steht.

Ich kann mit einer Ansicht schließen, die wir mit dem Genossen Bucharin teilen. Diese Frage kann und darf nicht dazu beitragen, daß eine Spaltung in der marxistischen Bewegung stattfindet.

Wenn die Kommunistische Internationale die Schaffung eines kommunistischen Parlamentarismus auf sich nehmen will, unterwerfen wir uns ihrer Bestimmung. Wir glauben nicht , daß dieser Plan gelingen wird, aber wir erklären, daß wir nichts unternehmen werden, um dieses Werk umzustoßen.

Ich wünsche, daß der nächste Kongreß der Kommunistischen

Internationale nicht über die Resultate der Parlamentsaktion zu sprechen haben wird, sondern viel mehr über die Siege der kommunistischen Revolution in einer großen Anzahl von Ländern.

Sollte das nicht möglich sein, so wünsche ich dem Genossen Bucharin, daß er uns ein weniger trauriges Bild des kommunistischen Parlamentarismus vorlegen kann, als das, mit welchem er diesmal seine Einleitung beginnen mußte.

========

LEITSÄTZE ÜBER DEN PARLAMENTARISMUS

Aufgestellt im Namen der Kommunistischen, Abstentionistischen Fraktion der Sozialistischen Partei Italiens (9.Sitzung des Weltkongresses der III. Internationale am 2. August 1920).

1. Der Parlamentarismus ist die Form der politischen Vertretung, die der kapitalistischen Ordnung eigen ist. Die prinzipielle Kritik der kommunistischen Marxisten an dem Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie führt im allgemeinen zu der Feststelluhg, daß das allen Bürgern aller sozialen Klassen gewährte Stimmrecht bei den Wahlen in die Vertretungskörper des Staates es nicht verhindern kann, daß der ganze Regierungsapparat des Staates das Verteidigungskomitee der Interessen der herrschenden kapitalistischen Klassen bildet und, daß der Staat sich als historisches Organ des Kampfes der Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution organisiert.

2. Die Kommunisten bestreiten entschieden die Möglichkeit, daß die Arbeiterklasse je die Macht erobert durch die Mehrheit der Parlamentsmandate. Allein der bewaffnete revolutionäre Kampf wird sie zu ihren Zielen führen. Die Eroberung der Macht durch das Proletariat als Voraussetzung des ökonomischen kommunistischen Aufbaus, führt zur gewalt-

samen und sofortigen Beseitigung der demokratischen Organe und zu ihrem Ersatz durch Organe der proletarischen Macht - durch Arbeiterräte. Die Ausbeuterklasse wird auf diese Weise jedes politischen Rechts beraubt und die Diktatur des Proletariats, d.h. ein Regierungssystem mit Klassenvertretung errichtet. Die Beseitigung des Parlamentarismus ist also eine historische Aufgabe der kommunistischen Bewegung. Noch mehr: die repräsentative Demokratie ist gerade die erste Form der bürgerlichen Gesellschaft, die gestürzt werden muß, und zwar noch früher als das kapitalistische Eigentum, nich früher als die bürokratische Staatsmaschinerie.

3. Das Gleiche muß mit den Kommunaleinrichtungen geschehen, die man den Staatsorganen der Bourgeoisie nicht theoretisch gegenüberstellen sollte. In Wirklichkeit ist ihr Apparat identisch mit dem Staatsmechanismus der Bourgeoisie. Sie müssen vom revolutionären Proletariat ebenfalls vernichtet und durch örtliche Sowjets der Arbeiterdeputierten ersetzt werden.

4. Während der militärische, politische und exekutive Apparat des bürgerlichen Staates die direkte Aktion gegen die proletarische Revolution organisiert, bildet die demokratische Vertretung ein Mittel der indirekten Wehr,welches in den Massen die Illusion propagiert, daß ihre Emanzipation durch einen friedlichen Prozeß erreichbar ist und daß die Form des proletarischen Staates auch auf parlamentarischer Basis mit Vertretungsrecht für die bürgerliche Minderheit beruhen könnte. Das Resultat dieses demokratischen Einflusses auf die Massen war, sowohl auf dem Gebiet der Theorie wie der Aktion, Korruption der sozialistischen Bewegung der II. Internationale.

5. Im gegenwärtigen Augenblick, ist es die Aufgabe der Kommunisten, in ihrem Bestreben, die Revolution ideologisch und materiell vorwärtszutreiben, das Proletariat vor allem von den Illusionen und Vorurteilen zu befreien, die durch den Verrat der alten sozialdemokratischen Führer in den

Massen verbreitet werden, die es von seinem historischen Weg ableiten. In den Ländern, in denen schon seit langer Zeit eine Demokratische Ordnung herrscht, die in den Gewohnheiten und der Mentalität der Massen, wie auch der traditionellen sozialistischen Parteien eingewurzelt ist, ist diese Aufgabe von besonderer Wichtigkeit und tritt unter den Problemen der Vorbereitung zur Revolution an die erste Stelle.

6. In einer Zeit, in der die Eroberung der Macht durch die internationale Bewegung des Proletariats nicht unmittelbar bevorstand, und als noch nicht die Rede von direkter Vorbereitung für die Revolution und von der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats war, konnte die Teilnahme an den Wahlen und an der parlamentarischen Tätigkeit gewisse Möglichkeiten für Propaganda, Agitation und Kritik bieten. Andererseits kann in solchen Ländern, wo noch erst eine bürgerliche Revolution in Gang ist und neue Institutionen schafft, der Eingriff der Kommunisten in die Vertretungskörper, die sich noch im Stadium der Bildung befinden, die Möglichkeit bieten, den Verlauf der Ereignisse zu beeinflussen, um die Revolution bis zum Siege des Proletariats vorzutreiben.

7. In der gegenwärtigen historischen Epoche, die mit dem Ende des Weltkrieges und seinen Folgen für die soziale Organisation der Bourgeoisie, mit der russischen Revolution als erster Verwirklichung der Idee der Eroberung der Macht durch das Proletariat und der Bildung der neuen Internationale im Gegensatz zur Sozialdemokratie der Verräter begonnen hat, - und in den Ländern, in denen die demokratische Ordnung sich schon längst völlig entwickelt hat, besteht dagegen keine Möglichkeit, die Parlamentstribüne für die revolutionäre Sache des Kommunismus auszunutzen. Die Klarheit der Propaganda nicht weniger als die wirkungsvolle Vorbereitung des endgültigen Kampfes für die Diktatur des Proletariats erfordern, daß die Kommunisten eine Agitation

für den Boykott der Wahlen von seiten der Arbeiter führen.

8. Unter diesen historischen Bedingungen, unter denen die revolutionäre Eroberung der Macht durch das Proletariat zum Hauptproblem der Bewegung geworden ist, muß jede politische Tätigkeit der Klassenpartei diesem unmittelbaren Ziel gewidmet sein. Es ist notwendig, mit der bürgerlichen Lüge ein für allemal zu brechen, mit der Lüge, die glauben machen will, daß jeder Zusammenprall zwischen feindlichen politischen Parteien, jeder Kampf um die Eroberung der Macht, sich im Rahmen des demokratischen Mechanismus, in Wahlkämpfen und parlamentarischen Debatten abspielen muß. Es wird nicht gelingen, dieses Ziel zu erreichen, ohne daß man sich von den traditionellen Methoden, die Arbeiter zur Teilnahme an den Wahlen aufzufordern, wo sie Seite an Seite mit der bürgerlichen Klasse arbeiten, völlig lossagt, ohne dem Schauspiel ein Ende zu machen, daß die Delegierten des Proletariats auf dem gleichen parlamentarischen Boden wie seine Ausbeuter stehen.

9. Die ultraparlamentarische Praxis der traditionellen sozialistischen Parteien hat die gefährliche Auffassung verbreitet, daß jede politische Aktion nur in Wahlkämpfen und parlamentarischer Tätigkeit bestehen kann. Andererseits hat die Abneigung des Proletariats gegen diese Verräterei den syndakalistischen und anarchistischen Irrlehren, die der politischen Aktion und der Funktion der Partei jeden Wert absprechen, einen fruchtbaren Boden geschaffen. Daher werden die kommunistischen Parteien mit der Propagierung der revolutionären marxistischen Methode niemals einen großen Erfolg erzielen, wenn sie ihre Arbeit nicht unmittelbar auf die Diktatur des Proletariats und auf die Arbeiterräte stützen und auf jede Berührung mit der bürgerlichen Demokratie verzichten.

10. Die überaus große Bedeutung, die man in der Praxis den Wahlkämpfen und ihren Ergebnissen beimißt, die Tatsache,

daß die Partei ihnen für einen ziemlich langen Zeitraum alle ihre Kräfte und ihre Hilfsquellen an Menschen, Presse und ökonomischen Mitteln widmet, bringt es einerseits mit sich, daß trotz aller Versammlungsreden und allerlei theoretischen Erklärungen die Überzeugung gestärkt wird, daß dies die wirkliche Hauptaktion zur Erreichung der kommunistischen Ziele ist; andererseits führt sie zum beinahe völligen Verzicht auf jede Arbeit der revolutionären Organisation und Vorbereitung, indem sie der Parteiorganisation einen technischen Charakter gibt, der in völligem Gegensatz zu den Anforderungen der legalen und illegalen revolutionären Arbeit steht.

11. Was die Parteien anbetrifft, die sich durch einen Mehrheitsbeschluß zur III. Internationale übergegangen sind, so verhindert die weitere Teilnahme an den Wahlkämpfen die erforderliche Ausscheidung der sozialdemokratischen Elemente, ohne deren Beseitigung die Kommunistische Internationale ihre historische Aufgabe verfehlen wird und keine disziplinierte homogene Armee für die Weltrevolution sein kann.

12. Der eigentliche Charakter der Debatten, die sich im Parlament und in anderen demokratischen Organen abspielen, schließt jede Möglichkeit aus von der Kritik an der Politik der Gegenparteien zu einer Propaganda gegen das Prinzip des Parlamentarismus überzugehen, zu einer Aktion, die die Grenzen der parlamentarischen Verfassung überschreitet, ebenso wie es unmöglich ist, ein Mandat zu erhalten, welches das Recht zu sprechen gibt, wenn man sich weigert, sich allen Formalitäten des Wahlverfahrens zu unterwerfen. Der Erfolg des parlamentarischen Gefechts kann bloß durch die Geschicklichkeit in der Benutzung dieser gemeinsamen Waffe der Prinzipien, auf die sich die Institution selbst gründet, und durch Ausnützung der Feinheiten des Reglements errungen werden, ebenso wie der Erfolg des Wahlkampfes immer mehr nach der Anzahl der Stimmen und der erhaltenen Mandaten beurteilt werden wird.

Jedes Bestreben der kommunistischen Parteien, der Praxis des Parlamentarismus einen ganz anderen Charakter zu verleihen, wird bloß zu einem Bankrott der Energie führen, die man dieser Sisyphus-Arbeit wird opfern müssen. Die Sache der kommunistischen Revolution fordert unverzüglich zur direkten Aktion gegen das kapitalistische System der Ausbeuter auf.

- - - -

ANMERKUNG

Auf dem Kongreß bildeten diese Thesen eine Minorität gegenüber denen von Lenin und Bucharin.
Dazu ist folgendes zu bemerken:

1. In den angestrebten Ziel, der Zerstörung des bürgerlichen Parlaments und dessen Wahlmechanismus sind die beiden Texte vollkommen übereinstimmend.

2. Keiner der beiden Texte behandelt die Frage der Teilnahme oder Nichtteilnahme an den Wahlen als absolut: Die Italienische Linke schließt die Teilnahme bei den hochkapitalistischen Ländern aus (aus ganz anderen Gründen als die Anarchisten), sie nimmt sie an, dort wo diese Bedingung noch nicht besteht; die Mehrheit der Internationale verfechtet diese Teilnahme bei allen Ländern lediglich zu den Zwecken der revolutionären Agitation, während sie sie zurückweist, wenn die Revolution vor der Tür ist.

3. Die Thesen von Bucharin und Lenin behaupteten die relative Unwesentlichkeit der Frage gegenüber dem Problem einer gewaltsamen Machtergreifung, der proletarischen Diktatur und des Terrors unter der Leitung der Klassenpartei, womit die Italienische Linke vollkommen übereinstimmte.

4. Die These 5 der Internationale entspricht fast wortwörtlich der von der Italienischen Linken vorgeschlagenen 3. These.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung 3

Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale 7

Rede von A. Bordiga über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale.. 16

Leitsätze über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus 22

Rede A.Bordigas über den Parlamentarismus 32

Leitsätze der Italienischen Linken über den Parlamentarismus 41

Directeur-Gérant :
F. GAMBINI
Boîte Postale N° 375 Marseille-Colbert

Dépôt légal Juin 1962